

PRESSEMELDUNG

14. Januar 2019

Initiative für ein besseres Gründer-Klima

MIT-Chef Linnemann fordert Milliarden-Fonds für Startups

Der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Carsten Linnemann fordert einen Zukunftsfonds für Wagniskapital und weitere Erleichterungen für Startups: „Wir brauchen ein deutliches Signal an Investoren aus aller Welt und an Gründer in Deutschland, dass wir in der ersten Liga der Startup-Standorte mitspielen wollen. Gegenüber USA, China oder auch anderen europäischen Staaten sind wir bei der Startup-Förderung weit ins Hintertreffen geraten.“

„Obwohl bei Versicherungen und im Mittelstand genug Geld ist, fehlt in Deutschland leider die Kultur, in Wagniskapital zu investieren. Hier muss der Staat einen Anreiz setzen“, so Carsten Linnemann. Der MIT-Vorsitzende schlägt einen Zukunftsfonds mit zunächst einer Milliarde Euro Startkapital vor. Dieser Fonds solle als Dachfonds ausgestaltet und könne von der KfW-Capital, der Beteiligungstochter der staatlichen Förderbank KfW, gemanagt werden. Linnemann unterstützt dabei das im Bundeswirtschaftsministerium angedachte „Wasserfallmodell“, bei dem der Staat 40 Prozent „Junior-Anleihen“ und die Privatwirtschaft 60 Prozent „Senior-Anleihen“ an dem Fonds halten würde. Dies würde das Verlustrisiko der Investoren weitestgehend minimieren, sodass die Versicherer deutlich weniger Eigenkapital hinterlegen müssen als bei herkömmlicher Wagniskapitalfinanzierung. „Wichtig ist, dass wir keine Zeit mehr verlieren und noch in diesem Jahr starten“, so Linnemann, der auch der für Wirtschaft zuständige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist. Der Fonds könne in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden auf bis zu 10 Milliarden Euro. Linnemann ist zuversichtlich, dass der Staatsanteil im Laufe der Jahre zurückgeführt werden kann: „Wenn der Fonds läuft und die Investoren sehen, dass man mit Startups gute Rendite erwirtschaften kann, braucht es den Staat nicht mehr.“ Linnemann verweist auf Dänemark, wo der Staat seine Anteile am Dachfonds für Wagniskapital ebenfalls zurückführen konnte.

Darüber hinaus müssten weitere wichtige Signale zur Startup-Förderung gesendet werden: „Wir brauchen eine Gründerschutzzone mit weitgehenden Bürokratieausnahmen. Startups sollten sich in den ersten beiden Jahren vor allem auf ihr Geschäft konzentrieren können, statt sich um die Höhe der Schreibtischplatten und die Länge der Pausen kümmern zu müssen.“ Auch müssten die Regelungen für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung verbessert werden. Linnemann: „Gerade Startups, die ihre Top-Leute häufig noch nicht mit hohen Gehältern, aber dafür mit Beteiligungen gewinnen, brauchen eine Änderung der Besteuerung.“ Derzeit muss bei einer Beteiligung am Anfang der fiktive Wert versteuert werden, selbst wenn dieser Unternehmenswert nie realisiert wird. Die Besteuerung sollte erst erfolgen, wenn die Anteile verkauft werden und der Wert dann feststehe, so Linnemann.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr Unternehmertum in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck, Leiter Kommunikation
MIT-Bundesgeschäftsstelle, Schadowstr. 3, 10117 Berlin
T: 030 220798-17, struck@mit-bund.de, www.mit-bund.de